

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Abgeordnete, werte Gäste!

Einiges ist an der diesjährigen Haushaltsdiskussion neu – nicht nur, dass es erstmalig ein Doppelhaushalt ist, auch die Länge der Diskussionsphase und die Breite und Vielzahl der Änderungsvorschläge sind neu. Ziemlich gleich geblieben ist jedoch der Umgang mit den Änderungsvorschlägen. Seitens der Opposition eingereichte Vorschläge werden auch abgelehnt, wenn man eigentlich inhaltlich dafür ist. Oder, wenn ihre Richtigkeit und Notwendigkeit ganz schwierig zu leugnen ist, werden sie irgendwie zu Anträgen der CDU-Fraktion gemacht.

Immerhin werden im Haushalt und der bisherige Debatte zum Haushalt endlich auch **einige langjährige Forderungen der Linken aufgegriffen.**

1. Eine neue und hoffentlich auch sozial gerechtere Beitragssatzung für Kitas soll nun endlich bis Sommer erarbeitet werden. Bleiben Sie aber nicht halbherzig stehen, folgen Sie unserem Antrag die Beiträge deutlich zu senken und somit besonders sozial schwächere Familien und Familien mit mittleren Einkommen zu entlasten. Das heißt hier sind entsprechende Veränderungen im Haushalt nötig – die bisher geplanten Einnahmen sind zu hoch angesetzt und müssen reduziert werden. Unser Antrag dazu ist ja in den Ausschuss verwiesen worden und steht dann im Zusammenhang mit der neuen Elternbeitragssatzung zur Abstimmung.
2. a) Die Erhöhung des Eigenkapitals der HGW um 750.000 Euro - damit erfüllen Sie endlich unsere langjährige Forderung, die HGW für die Rolle als Bauträger für diverse städtische Einrichtungen, wie den Bau von städtischen Kitas, Feuerwehrhäusern u.a. fit zu machen. Bleiben Sie auch hier nicht halbherzig stehen und dringen Sie darauf, dass die HGW nun auch ihre eigentliche Aufgabe, nämlich bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen, erfüllt. Wenn nötig, muss hierfür noch mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Der Bau von preiswerten Wohnungen mit bezahlbaren Mieten, von Wohnungen für junge Familien, Handwerker, Arbeiter und Angestellte in den Betrieben und sozialen Einrichtungen, insbesondere auch der Altenpflege - darauf warten wir seit vielen Jahren vergeblich.
b) Und verpflichten Sie mit uns die HGW keine anlasslosen Mieterhöhungen in Zukunft vorzunehmen. Nur weil unsoziale Mietgesetze alle paar Jahre Erhöhungen zu lassen, muss eine städtische Gesellschaft dies nicht nutzen!
3. Jetzt fordert auch die CDU den Bau einer weiteren öffentlichen Schule. Unsere Forderung war bereits vor 2 Jahren: Klare Pläne für die Schaffung von Schulplätzen – wir wünschen uns dabei keine noch stärkere Konzentration im Stadtzentrum, sondern in den Ortsteilen wie im Ortskern von Glindow oder in den Havelauen. Zu diesem Thema gibt es einen Beschluss der SVV auf Antrag der Fraktion Freie Bürger (01.10.15) in dem u.a. die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Planung bereits im Haushalt 2016 vorgesehen war.

Wenn Sie früher zugehört hätten und unsere Argumente ernsthaft betrachten würden, wäre viel Zeit zu sparen und für die Bürger schnelle und bessere Ergebnisse zu erzielen!

Die Linke wird diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen.

Vor allem deshalb, weil Sie immer noch entschlossen sind, den verlorenen 21 Millionen Euro bei der Therme weitere gut 30 Millionen hinterherzuwerfen.

8 Jahre wurde bisher versucht, das Projekt durchzuziehen – unter ziemlichem Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne die Bürger ernsthaft anzuhören und zu beteiligen. Wir verlangen deshalb: Keine Beschlussfassung - auch nicht über Haushaltsmittel - und keine Verträge - ohne ausführliche öffentliche Unterrichtung und Beratung. Es ist noch nicht zu spät zu klären, was die Bürger von Werder wirklich wollen, was wirklich gebraucht wird.

Offensichtlich bestehen insbesondere bei Bewohnern der Havelauen durchaus andere Vorstellungen wofür Gelder eingesetzt werden sollen.

Angesichts von den geplanten weiteren 30 Millionen, insgesamt also 53 Millionen, nehmen sich alle anderen Projekte wie Peanuts aus.

„Fit für die Zukunft“ mit rund 1,2 Millionen Euro – das ist nur ein Bruchteil davon und meint zu großen Teilen leider nur das Nachholen versäumter Sanierungen.

Die Förderung eines konfessionellen Schulprojektes der Hofbauerstiftung in Glindow ist mehr als großzügig. Die geplanten Zuschüsse zu den Investitionskosten und zu den Betriebskosten für 2 Jahre die Kostenübernahme für die Erschließung bis hin zu einem spottbilligen Grundstück summieren sich nach Haushaltsentwurf auf fast 6,5 Millionen Euro.

Dies erscheint uns im Vergleich zu Anstrengungen für städtische Schulen und Einrichtungen als drastisch überhöht. Und wir fordern Sie auf: erklären Sie den Bürgern, dass sie für den Schulbesuch ihrer Kinder an evangelischen Privatschulen auch noch Schulgeld bezahlen müssen (4,5 % vom Einkommen). Bei 2.000 Euro Brutto-Monatseinkommen sind das schon monatlich 90 Euro Schulgeld - zusätzlich zu den üblichen Kosten für ein Schulkind

Was wir noch vermissen am vorliegenden Entwurf:

- Fit für die Zukunft wird unsere Stadt nur, wenn sie auch anders mobil wird. Wir mahnen das Verkehrskonzept an. Fester Bestandteil darin sollte ein Aktionsprogramm für Radwege und alternative Mobilität sein, um in Werder die umweltfreundlichsten Mobilitätsformen spürbar zu fördern. Auch darauf warten viele Bürger seit langem.
- Ein kostenloses Mittagessen in den Kitas – und somit Verzicht auf den teuren Einzug von 1,70 Euro pro Mahlzeit.
- Das Familienzentrum braucht dringend eine geeignete Übergangslösung, bis endlich die Komplettanierung in der Damaschke Straße fertig ist.
- Der Jugendklub steht jetzt buchstäblich auf der Straße – seit mittlerweile fast drei Jahren mahnen wir immer wieder Lösungen an, fragt unser junger Abgeordneter Henri Hinze immer wieder nach. Haushaltsanträge unsererseits dazu wurden 2016 und 2017 abgelehnt. Dieses jahrelange Verschieben und Vertrösten ist beschämend für eine Stadt wie Werder.
- **Wer 53 Millionen Euro für den Bau einer Therme in öffentliche-privater Partnerschaft hat, sollte sich zuerst um einen Jugendclub und ein stabiles Familienzentrum kümmern.**

Zu all den genannten Problemen haben wir Anträge eingereicht und Initiativen ergriffen, die wir im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht ausreichend berücksichtigt oder gelöst finden. Deshalb bleibt uns nur die Ablehnung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.